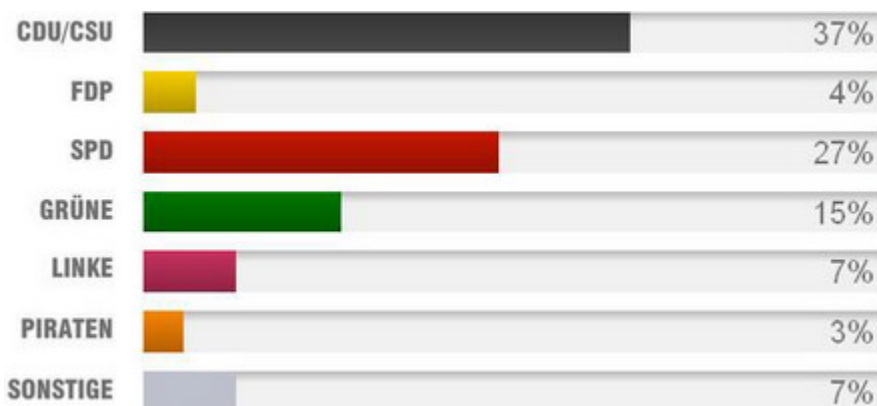


Wahlumfrage: 14 Prozent nicht im Parlament



Ist das noch

Demokratie? [Laut der jüngsten Umfrage](#) des Meinungsforschungsinstitutes INSA wären nach der kommenden Bundestagswahl satte 14 Prozent der abgegebenen Stimmen nicht im Parlament vertreten. Es könnten im Demokratiedefizitstaat Deutschland sogar noch mehr werden.

(Von Étienne Noir)

Wäre am nächsten Sonntag Bundestagswahl, dann bliebe das Berliner Parteienkartell, lässt man die kommunistische Linkspartei als Gelegenheitsopposition außer Acht, ungestört und weiterhin inzestuös unter sich. Die Union käme auf 37%, die SPD läge bei 27% und die Grünen bei 15%. Die Linkspartei müsste sich mit weniger als 2009 begnügen und landet bei sieben Prozent.

Die FDP würde mit vier Prozent ebenso wie die Alternative für Deutschland (AfD) und die Piratenpartei mit jeweils drei


Prozent an der aus demokratischer Sicht äußerst bedenklichen Sperrklausel von fünf Prozent scheitern. Die unter dem Sammelsurium zusammengerafften „Sonstigen“ kämen ebenfalls auf vier Prozent. Im Ergebnis säßen also 14 Prozent der Wähler nicht mit einer politischen Vertretung im Parlament. Für eine (angebliche) Demokratie ist das ein dürftiges Zeugnis, gar ein Armutszeugnis.

Würde womöglich die Linkspartei auch an der Hürde beispielsweise mit vier Prozent scheitern, weil die SPD propagandistisch noch schnell irgendwie auf „sozial“ umschwenkt, es mehr Geld für die Hartz-IV-Klientel gibt und der vor wichtigen Wahlen beinahe schon übliche „Enthüllungsskandal“ um eine bekannte Führungsfigur wie Gregor Gysi auftaucht, dann wären gar 18% außerhalb des Parlaments. Eine Art kunterbunte APO von Kommunisten, Wohlstandkindern, Umfallern und Eurokritikern. In Berlin säße dann nur noch das Eurokratenkartell des Establishments. Ein Trauerspiel!

Jedoch gibt es Hoffnung, dass vielleicht nach dem 22. September 2013 mehr Parteien – dann also bis zu sieben an der Zahl – als bisher im Parlament sitzen. Das wäre dann ein Stück mehr Demokratie und ein Schlag in das Gesicht der abgewirtschafteten Blockparteien. Die Hoffnung stirbt zuletzt.



„Öney vertritt die Türkei in Deutschland sehr gut“

 Lobende Worte für die baden-württembergische Ministerin für ~~türkische Interessen~~ Integration Bilkay Öney (SPD) fanden türkische Politiker während ihrer letzten Türkei-Reise über

Ostern. Die [Stuttgarter Zeitung](#) berichtet:

„Die Ministerin vertritt die Türkei in Deutschland sehr gut“, lobte ein lokaler Funktionär in Urfa. „Die türkische Schwester, die ein Amt in Deutschland bekleidet, macht uns stolz.“ Ob Öney dieses Amtsverständnis teile oder widersprochen habe? „Ihre Wortwahl war es nicht“, stellte ihr Sprecher auf StZ-Anfrage klar. Eine „Zensur der überschwänglichen Wortwahl“ eines türkischen Kommunalpolitiklers stehe der Ministerin freilich nicht zu. Sie selbst wurde mit der Zusage zitiert, man werde „unseren Beitrag dazu leisten“, dass Urfa sich kulturell und touristisch weiterentwickle. Ob das die Aufgabe eines Landesministeriums sei? Sie habe „Verständnis für die Probleme der Region“ geäußert, wie es sich für einen Gast gehöre, sagt ihr Sprecher. Klar sei jedenfalls, „dass die Ministerin deutsche Ministerin ist und auch im Ausland als deutsche Ministerin auftritt“.

Ob sich Öney wirklich als „deutsche“ Ministerin sieht, möchten wir bezweifeln. Oder warum startete sie eine erneute Initiative für den [generellen Doppelpass](#) für Ausländerkinder? Öney nimmt für sich somit eine Volkszugehörigkeit aufgrund ihrer türkischen Abstammung in Anspruch. Wenn ethnische Deutsche sich über ihre Abstammung als Volk definieren, ist von türkischen Nationalisten Marke Öney, Kolat & Konsorten von „völkischem Nationalismus“ und „Blut und Boden“ die Rede.

Um das Verhalten von türkischen Politikern mit deutscher Staatsangehörigkeit wie Öney richtig einordnen zu können, ist es immer wieder wichtig, darauf hinzuweisen, dass die politische Führung der Türkei ganz offen über Kolonisierungs- und Eroberungspläne für Europa spricht.

Im Oktober 2012 kündigte Ministerpräsident Erdogan auf einem Parteitag seiner AKP an [„den Islam siegreich nach Westen führen zu wollen“](#). Im Februar 2010 rief er auf einem von ihm

veranstalteten „[Kongress für Auslandstürken](#)“ seine aus Europa eingeladenen Landsleute dazu auf „die europäische Kultur mit der türkischen zu impfen“, um diese Länder zu „türkisieren“. Vor drei Jahren besuchte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu Bosnien-Herzegowina und hielt in Sarajevo eine aufsehenerregende Rede, in der er ankündigte,